

Anita Fetz:

Die Schwerpunkte für den Ständerat.

«Ich möchte, dass die Wählerinnen und Wähler in vier Jahren sagen können: versprochen und gehalten.»

Unsere Möglichkeiten sind politisch begrenzt. Wer Maximalforderungen aufstellt, belügt die Menschen.

Von allen, die im Herbst zur Wahl antreten, habe ich die längste Erfahrung in Bundesbern. Ich bin für eine Politik, die das Mögliche zu erreichen sucht. Ich vertrete kein Alles-oder-Nichts. Aber ich fange auch nicht schon beim Kompromiss an. Hartnäckigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und ein hoher Aufwand für Kontakte und Gespräche mit Menschen sind mein Erfolgsrezept.

Diese Methode entspricht der Art, wie ich in Basel politisieren gelernt habe. Hier spricht man mehr miteinander und erreicht bessere Lösungen. Basler Politik ist fortschrittlicher und sozialer als eidgenössische.

Deshalb ist es richtig, dass eine SP-Frau, eingebettet in die starke Fraktion einer starken Bundesratspartei, unseren Kanton in Bern vertritt.

Ich setze fünf Schwerpunkte. Nur fünf. Daneben gibt es vieles, was Ihnen wie mir am Herzen liegt. Aber ein Wahlmanifest ist kein Warenhauskatalog.

1 Ehrlichkeit in die Staatsfinanzen bringen.

„Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“, hat einst Willi Ritschard gesagt, einer der besten Bundesräte, die wir je hatten.

Die aktuelle Finanzpolitik mit Steuergeschenken für die Bestverdienenden, ohne Augenmass und angesichts der Lage von Wirtschaft und Staatskassen völlig deplatziert, werde ich zusammen mit den Kantonen bekämpfen.

Ich bin keine klassische Finanzpolitikerin. Aber ich bin Klein-Unternehmerin und weiss, dass Rechnungen aufgehen müssen. Glaubwürdige Politik hat immer die Kosten und die Wirkungen für die Betroffenen im Auge.

Es gibt noch genug versteckte Subventionen, geschützte Kartelle, ungerechte Vergünstigungen für die Falschen in unserem Staatshaushalt. Diese aufdecken, benennen und zur Disposition setzen, das ist mein Auftrag.

So kann man den Bundeshaushalt sanieren. Aber auf eine Art, dass nicht die grösste Rechnung bekommt, wer die kleinste Lobby hat: die sozial Schwachen.

2 Bildung, Forschung und Innovation zur ersten Priorität im Land machen.

Maximale Chancen für alle, gute Schulen, gute Universitäten, flexible Bildungswege, hoher Durchsatz von Innovationen in die Wirtschaft: Das ist das Erfolgsrezept eines Landes ohne Rohstoffe. Was die Erdölpolitik in Saudi-Arabien ist, muss in der Schweiz die Bildungspolitik werden.

„Dies ist keine Politik für die Elite“: Innovationen, vor allem sehr praxisnahe, fliessen direkt via Fachhochschulen in die kleinen und mittleren Unternehmen und machen sie wettbewerbsfähiger.

Nicht nur Technologie-Stars, auch normale junge Leute mit Berufslehre und Berufsmatur sind Teil des Innovations-Unternehmens Schweiz.

Um so weit zu kommen, müssen wir einiges ändern: Noch immer wird in diesem Land mehr Bundesgeld fürs Militär ausgegeben als für Bildung und Forschung. (Und fast so viel für die Landwirtschaft.) Als ob es für junge Leute auf dem Feld oder im Feld noch eine Zukunft gäbe.

Und so ist kluge Bildungspolitik auch kluge Wirtschafts- und Gewerbepolitik. Und erst recht kluge Sozialpolitik.

3 Nicht weiter am Generationen-Vertrag flicken. Sondern einen neuen – für alle fairen – aus-handeln.

Unter dem „Generationen-Vertrag“ versteht man gemeinhin, was die Alten den Jungen vorschiesse und was die Jungen den Alten zurückzahlen. Dies betrifft in erster Linie die Sozialwerke.

Nach wie vor gilt: Die zentralen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter dürfen weder privatisiert noch dereguliert werden. Das verhindern zu helfen, ist für mich der historische Auftrag des sozialen Basel.

Seit der Generationen-Vertrag geschlossen wurde, vor Jahrzehnten, hat sich viel geändert. Was früher elegant aufging, klemmt heute. Ausgerechnet bei den mittleren Jahrgängen, dort, wo die zeitliche und finanzielle Belastung durch Familie und Beruf am grössten ist, kommen immer mehr Menschen unter Druck.

Ein neuer Generationen-Vertrag wird mehr als AHV-Prozente und Rentenjahre umfassen. Die Generationen müssen sich auch über eine moderne Familienpolitik sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter einig sein. Dazu gehört auch die familienexterne Betreuung für Kinder und die Einführung von Tagesschulen.

Indirekt gehören noch andere Generationen übergreifende Entscheidungen in die Vertragsverhandlungen. Was sind wir gemeinsam bereit, für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik zu geben? Für neue Arbeitsplätze in einem ökologisch modernen, sicheren Land? An dieser Diskussion müssen sich alle Menschen beteiligen. Nicht nur die in der Politik.

4 Eine gute „Hausordnung“ für ein weltoffenes Land durchsetzen.

Der Rhein verbindet uns mit dem Meer und der weiten Welt. Das Zusammenleben mit den Menschen aus dem Elsass und dem süddeutschen Raum ist Basler Alltag.

Das, was fremde Menschen bei uns leisten, ist ein grosser Gewinn: kulturell, sozial, ökonomisch. In Basel herrscht keine Angst vor Europa. Auch die Schweiz braucht Weltoffenheit, nicht Isolation. Die Schweiz gehört zu Europa, nicht ins politische Reduit.

Das Zusammenleben mit Menschen aus weit über hundert Ländern in der eigenen Stadt ist unsere tägliche Bewährungsprobe. Krasse Verstösse gegen unsere „Hausordnung“ tolerieren wir nicht.

Wir müssen zeigen, mit Kontakt und echter Zusammenarbeit, dass wir zur grossen europäischen Familie gehören, mit all unseren „Schweizer Eigenheiten“.

Die einzige Partei, die in Bern diesen von der Mehrheit der Baslerinnen und Basler unterstützten und gelebten Weg konsequent geht, ist die SP.

5 Der Schweiz mehr Basel geben. Und etwas dafür zurückbekommen.

Was in Basel bürgerliche Wählerinnen und Wähler wollen, ist in vielen ländlichen Schweizer Gegenden linke Politik.

Denken wir an unsere fortschrittliche Energie-, Drogen-, Migrations- oder Verkehrspolitik.

Ich will nicht nur das soziale, kulturelle, weltoffene Basel nach Bern bringen. In Bern wird viel Geld verteilt, welches in Basel, mit seinen gigantischen Zentrumslasten, dringend gebraucht wird.

Wenn über die Verkehrslawine auf der Gotthard-Autobahn geklagt wird – nicht zu Unrecht übrigens –, muss doch daran erinnert werden: Die grösste Verkehrsdichte gibt es in den städtischen Agglomerationen. Zum Beispiel bei uns.

Dieser Bundesstaat muss in Zukunft mehr für die Agglomerationen tun. Denen wachsen die Probleme über den Kopf. Sie vermögen sie allein nicht mehr zu finanzieren.

Für die Region Basel sind das zum Beispiel TGV und ICE nach Europa, das S-Bahn-Netz sowie die allgemeine Förderung des öffentlichen Verkehrs. Und das Existenzrecht des Flughafens trotz aller Zürcher Debakel.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Finanzausgleich unter den Kantonen auch die grossen Zentrumsleistungen der Städte erfasst. Dass Geldhändel, die wir direkt mit den Nachbarn nur schwierig lösen können, auf höherer Ebene und gerecht geklärt werden.

Auch wenn Sport und Kultur in der Bundespolitik leider nur eine kleine Rolle spielen: Ich will zeigen, dass ein Kanton wie Basel-Stadt nicht aus Jux so viel in Kultur und Sport investiert. Sondern weil daraus Lust am Leben, ein Gemeinschaftsgefühl nach innen und ein gutes Image nach aussen entstehen. Das braucht die ganze Schweiz.

Dies ist, auf fünf Schwerpunkte begrenzt, ein sehr summarisches Manifest. Allein diesen Zielen näher zu kommen, bedeutet jedoch grosse Anstrengungen und viel Geschick bei der Vernetzung verschiedenster Interessen in die gleiche Richtung.

Es mag vielleicht unschweizerisch, unbescheiden und auch unweiblich erscheinen, was ich mit diesem Manifest verknüpfe: Ich möchte die Mehrheit der Stimmen für den Basler Ständeratssitz, weil ich behaupte, den besten Gegenwert dafür bieten zu können.

Und ich verspreche, dafür beinhart zu arbeiten.»

Basel, den 23. Juni 2003.
Anita Fetz.